

Zum Umgang dänischer Behörden mit Geflüchteten aus Damaskus

Flemming Meyer

Kommentar

Uns beim SSW haben die Nachrichten der dänischen Regierung zur Einschätzung der Lage in Syrien und den daraus folgenden Anweisungen für die Behörden traurig gestimmt. Die Regierung in Dänemark hat viele internationale Reaktionen auf die Entscheidung erhalten, als erstes EU-Land und als einziges Land neben Ungarn, syrische Flüchtlinge in als „sicher“ bezeichnete Landesteile zurückschicken zu wollen. Damit gemeint ist die Hauptstadt Damaskus, in der derzeit keine direkten Kampfhandlungen stattfinden.

Auch aus Deutschland kennen wir derartige Forderungen, etwa vom Bundesinnenminister Seehofer, der noch zum Jahreswechsel angekündigt hatte, Gefährder und Straftäter nach Syrien abschieben zu wollen. Bisher sind derlei Ankündigungen reine Rhetorik. In einem internen Lagebericht des Auswärtigen Amts, von dem u.a. die taz berichtete, wird festgehalten, dass es in keinem Landesteil Syriens Schutz vor politischer Verfolgung, Verhaftung und Folter gebe. Deutschland hat zudem weder eine diplomatische Vertretung in Syrien, noch offizielle Beziehungen zum Assad-Regime.

Auch zwischen Dänemark und Syrien gibt es keine Zusammenarbeit oder Beziehungen zum Regime von Baschar al-Assad. Dass die Aufenthaltserlaubnis derjenigen Geflüchteten, die aus Damaskus stammen, nicht verlängert wurde, führt nicht dazu, dass sie direkt gegen den eigenen Willen nach Syrien zurückgeschickt werden. Abschiebungen können momentan nicht durchgeführt werden. Auswirkungen, die wir uns nicht wünschen, hat die Vorgabe der Regierung trotzdem. Die Betroffenen müssen sich zwischen einer freiwilligen Ausreise oder dem Leben in Ausreisezentren auf unbestimmte Zeit entscheiden.

Auch für Familien hätte die Umsetzung dieser Entscheidung drastische Folgen. Teilweise haben einzelne Mitglieder der Familien unterschiedlich hohen Schutzstatus. Beispielsweise genießen Männer, die potentiell in das Heer Assads eingezogen werden können, einen höheren Schutzstatus als ihre Schwestern und Mütter. Neben der sozialen Härte der Trennung der Familien, halten wir es für einen unhaltbaren Trugschluss zu glauben, dass weiblichen Familienmitgliedern weniger Schutz zusteht. Kinder, die zurückkehren sollen, treffen in Damas-

kus auf zerstörte Schulen und ungesicherten Zugang zu Lebensmitteln. Geflüchtete berichten immer wieder von dem, was sie zu befürchten haben, wenn sie nach Syrien zurückkämen – auch vor dem Hintergrund von Äußerungen in den sozialen Medien, die sie in der Zwischenzeit getätigt haben.

Das sind nicht die dänischen Werte, an denen wir uns orientieren. Südlich der Grenze wird Dänemark immer mit menschlicher Wärme, Herzlichkeit, Gemeinsinn und Toleranz in Verbindung gebracht. Diese Werte werden hier beiseitegeschoben.

Was uns Hoffnung gibt, sind die vielen Proteste, die es in Dänemark gegen diese asylpolitische Linie gibt. Im ganzen Land solidarisieren sich Schüler:innen, Lehrkräfte, Schulleitungen, NGOs und Parteien laut und sichtbar mit syrischen Geflüchteten. Auch Parteien, die die Regierung sonst stützen, verlangen Antworten vom Integrationsminister Mattias Tesfaye und nutzen ihre parlamentarischen Möglichkeiten.

Außerdem rührt sich auch auf europäischer Ebene deutliches Missfallen. Gerade erst haben sich dänische Politiker:innen in einem Zusammenschluss von 33 Politiker:innen der EFA (European Free Alliances), der auch wir als SSW angehören, in einem offenen Brief an Ministerpräsidentin Mette Frederiksen gewandt und zu einer Abkehr der Pläne aufgefordert.

Ich hoffe daher sehr, dass der wachsende Widerstand gehört wird und Änderungen bewirkt!



Flemming Meyer ist Landesvorsitzender des Südschleswiger Wählerverbandes (SSW).